



Ein Satz, fast beiläufig formuliert — und doch steckt darin politischer Sprengstoff.

Als Sébastien Lecornu am 10. April 2026 seine Pläne zur beschleunigten Elektrifizierung vorstellte, klang das zunächst nach technischer Anpassung. Mehr Strom, weniger Gas, weniger Öl. Klingt vernünftig. Fast schon selbstverständlich.

Aber Moment mal — seit wann werden Energiefragen so klar als Machtfrage formuliert?

Genau hier liegt die eigentliche Verschiebung.

Frankreich richtet seinen energiepolitischen Kompass neu aus. Nicht mehr primär unter dem Banner des Klimaschutzes, sondern unter dem Stichwort Souveränität. Die Botschaft: Wer seine Energie importiert, importiert auch Abhängigkeit. Und Abhängigkeit? Die rächt sich spätestens dann, wenn irgendwo auf der Welt ein Konflikt eskaliert und plötzlich die Preise durch die Decke schießen.

Die jüngsten Spannungen im Nahen Osten liefern dafür das perfekte Beispiel. Energiepreise steigen, Unsicherheit wächst — und plötzlich wirkt die alte Debatte über fossile Brennstoffe wie ein Relikt aus einer bequemerer Zeit.

Also: Strom aus dem eigenen Land statt Öl von irgendwoher.

Einfach gesagt.

Schwer umgesetzt.

Denn hinter der Strategie verbirgt sich ein tiefgreifender Umbau. Häuser ohne Gasheizung. Städte, die schrittweise aus fossilen Netzen aussteigen. Autos, die leise summen statt laut zu brummen.

Klingt nach Zukunft. Oder?

Doch genau hier beginnt die eigentliche Herausforderung.

Im Wohnungsbau etwa zieht der Staat die Reißleine: Neue Gebäude ohne Gasheizung — ab Ende 2026. Stattdessen Wärmepumpen. Klingt logisch, technisch ausgereift, langfristig sinnvoll. Nur: Wer bezahlt das Ganze? Und noch wichtiger — wer traut sich wirklich, diesen Schritt zu gehen?



Denn Hand aufs Herz: So eine Umstellung wirkt für viele Haushalte erstmal wie ein Sprung ins kalte Wasser.

Und dann der Verkehr.

Zwei von drei Neuwagen elektrisch bis 2030 — das ist kein sanfter Wandel, das ist ein Sprint. Unterstützt durch Förderprogramme, Leasingmodelle und gezielte Hilfen für Berufsgruppen, die ohne Auto schlicht nicht arbeiten können.

Pflegekräfte. Handwerker. Lieferdienste.

Für sie ist Mobilität kein Luxus. Sie ist Alltag.

Und genau deshalb wird die Frage der Akzeptanz zur politischen Nagelprobe. Denn was auf dem Papier schlüssig wirkt, muss im echten Leben funktionieren. Ladeinfrastruktur, Anschaffungskosten, Alltagstauglichkeit — das alles entscheidet darüber, ob die Strategie trägt oder ins Stolpern gerät.

Interessant ist auch der Tonfall der Regierung.

Weniger moralischer Zeigefinger, mehr strategische Klarheit. Es geht nicht mehr nur darum, die Erde zu retten. Es geht darum, nicht länger die Krisen anderer Länder mitzufinanzieren.

Ein Perspektivwechsel — subtil, aber wirkungsvoll.

Man könnte sagen: Die Energiewende bekommt einen neuen Anstrich. Einen, der weniger idealistisch klingt und mehr nach Realpolitik riecht.

Doch reicht das?

Denn so überzeugend die Argumentation wirkt, so offen bleiben zentrale Fragen. Die Finanzierung etwa — doppelte Fördermittel klingen gut, doch woher kommt das Geld konkret? Und wie stabil bleibt diese Unterstützung, wenn politische Prioritäten sich verschieben?

Und dann die soziale Dimension.

Was passiert mit Haushalten, die ohnehin jeden Euro zweimal umdrehen? Wenn die Energiewende als Belastung wahrgenommen wird, kippt die Stimmung schneller, als man



„Transformation“ sagen kann.

Das hat die Vergangenheit bereits gezeigt.

Vielleicht liegt genau hier das eigentliche Risiko. Nicht in der Technik. Nicht in der Strategie. Sondern in der Wahrnehmung.

Denn eine Idee — so klug sie auch sein mag — braucht Akzeptanz, um zu wirken.

Und genau da wird es spannend.

Frankreich setzt auf Strom, weil Strom Kontrolle verspricht. Weil er im eigenen Land produziert werden kann. Weil er planbarer erscheint als Öl und Gas, deren Preise von globalen Krisen abhängen.

Ein nachvollziehbarer Ansatz.

Aber auch ein Wagnis.

Denn die große Frage bleibt: Schafft es die Politik, diesen Wandel so zu gestalten, dass er nicht nur logisch klingt, sondern sich auch richtig anfühlt?

Oder anders gesagt — wird aus Strategie am Ende Vertrauen?

Die kommenden Jahre liefern die Antwort.

Und vielleicht entscheidet sich genau jetzt, ob die Energiewende als Belastung oder als Befreiung wahrgenommen wird.

Ein schmaler Grat.

Ein politisches Experiment.

Und irgendwie auch ein ziemlich mutiger Schritt — oder?

Ein Artikel von M. Legrand